

„Defizite sind nicht wegsparbar“

FDP-Generalsekretärin und FDP-Kreischef informieren sich über Probleme der Egelner Mulde

Über die Entwicklung der Verbandsgemeinde Egelner Mulde informierten sich gestern FDP-Generalsekretärin Nicola Beer und FDP-Kreischef Johann Hauser im Egelner Rathaus. Verbandsgemeinde-Bürgermeister Michael Stöhr nahm dabei kein Blatt vor den Mund.

Von René Kiel
Egeln • Gleich zu Beginn des Gespräches machten Stöhr und die Haupt- und Ordnungsamtsleiterin Dagmar Witzke die FDP-Politiker auf das wichtigste Problem, die chronische Unterfinanzierung der Kommunen in Sachsen-Anhalt, aufmerksam.

„Den Landkreisen in Sachsen-Anhalt fehlen rund 300 Millionen Euro vom Land“, weiß Johann Hauser als Kreistagsabgeordneter und Stadtrat in Staßfurt. „Wir können uns zu Tode sparen. Aber das Leben ist dann nicht mehr liebens- und lebenswert“, fügte der Liberale hinzu. Wie in den Kommunen stehe auch im Landkreis alles zur Disposition.

Stöhr warnte vor einer Beschlussfassung des geplanten Doppelhaushaltes des Landkreises, denn dieser sieht erneut eine Anhebung der Umlagen vor, die die Mitgliedsgemeinden zur Finanzierung der kreislichen Aufgaben leisten müssen. „Es gibt ein Urteil, dass sich auch die Landkreise an der finanziellen Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden orientieren müssen“, sagte Stöhr.

In den vergangenen Jahren habe es in der Egelner Mulde die Situation gegeben, dass der Landkreis und die Verbandsgemeinde mit ihren Umlagen mehr als 100 Prozent der Einnahmen der Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinde abgegriffen hätten. Weil das nicht verfassungskonform gewesen sei, habe die Verbandsgemeinde ihre Umlageforderungen zurücknehmen müssen, damit den Gemeinden wenigstens ein Prozent ihrer Einnahmen verbleibt.

Darauf würde es auch dieses Mal wieder hinauslaufen. Das kann nicht sein“, sagte Stöhr. Denn dadurch werde die



Nicola Beer und Johann Hauser (rechts) informierten sich gestern bei Michael Stöhr im Egelner Rathaus über die Probleme der Verbandsgemeinde. Den Gästen fiel auch der Paragrafenreiter auf, ein Geschenk der Partnerstadt Rütthen an die Egelner.

Foto: René Kiel

finanzielle Handlungsfähigkeit der Verbandsgemeinde, die nicht nur die Kommunen der Egelner Mulde verwaltet, sondern auch eigene Aufgaben zu erledigen hat, immer weiter eingeschränkt.

Stöhr: „Wir könnten uns aller freiwilligen Leistungen entledigen. Das Geld würde trotzdem nicht ausreichen.“

„Das trägt mit zum Niedergang des ländlichen Raumes bei.“

Verärgert sind Stöhr und Witzke auch, dass es damals nicht gelungen war, mit vereinten Kräften das 1926 gegründete Gymnasium Egeln mit seiner langen Tradition zu halten. „Damit wollte man den Leuten damals im ländlichen Bereich die Möglichkeit geben, ohne große Entfernungen überwinden zu müssen, einen höheren Bildungsgrad zu erlangen“, sagte Witzke.

Die FDP-Generalsekretärin sagte, sie könne nicht verstehen, dass es nicht wenigstens gelungen sei, diesen Bildungsstandort als Außenstelle zu erhalten. Das habe der Kreistag auch für einen Zeitraum für zehn Jahre beschlossen,

doch die Kreisverwaltung habe das nicht umgesetzt, antwortete Stöhr und fügte hinzu: „Das ist an einer Handvoll Lehrer gescheitert, die sich nicht einig wurden. Und das Land war auch nicht in der Lage, sich in dieser Frage durchzusetzen.“

„Das trägt mit zum Niedergang des ländlichen Raumes bei“, meinte Witzke.

„Jetzt fahren wir unsere Kinder durch den Landkreis. Und nun sollen sie dafür auch noch doppelt bestraft werden, in dem man auch noch die mögliche Beförderungszeit nach Staßfurt verlängern wollte“, monierte der Verbandsgemeinde-Bürgermeister.

Das nutzte er gleich dazu, auch noch auf den immer schlechter werdenden Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) hinzuweisen. Dabei gebe es keine Abstimmung zwischen den Landkreisen. Witzke: „Heute sind die Kreisgrenzen schwerer zu überwinden als die Zonengrenze.“

Hauser könnte sich vorstellen, den ÖPNV stark einzuschränken und das eingesparte Geld stattdessen in Form von Gutscheinen an die Bürger für Taxifahrten zu verteilen. Das sei allemal besser, als große Busse mit heißer Luft durch die Gegend zu fahren.

Johann Hauser: „So kann

es nicht weitergehen. Die aufgelaufenen Defizite sind nicht wegsparbar. Unser Hauptproblem ist, dass wir von unseren Schulden nicht mehr runterkommen. Das ist ein Strukturproblem.“

„Wir werden an unsere Kostenbeitragsatzung nicht rangehen.“

Derzeit sei es doch so, dass die Steuern und Abgaben immer höher werden und die Leistungen für die Bürger immer geringer. „Deshalb kann ich den ganzen Sachen nicht mehr zustimmen“, weigert sich der FDP-Kreischef seine Hand für einen noch tieferen Griff in die Taschen der Bürger zu reichen, wie er jetzt im Kreistag geplant ist. „In diesem Land wird nicht mehr nach Bedürftigkeit unterstützt“, so der Eindruck des FDP-Kreischefs, „sondern nach Faulheit.“

In der Gesprächsrunde wurde auch die Kinderbetreuung angesprochen, die in Sachsen-Anhalt neu geregelt wurde und vielerorts teurer wird. „Wir werden an unsere Kostenbeitragsatzung nicht rangehen, bis das Land eine verfassungskonforme Finanzregelung er-

lässt“, versprach der Verbandsgemeinde-Bürgermeister den Eltern.

Den Höchstbetrag, der in der Egelner Mulde derzeit für eine zehnstündige Betreuung in der Kinderkrippe bezahlt werden muss, gab er mit 184 Euro an. Da fehlen also nur noch sechs Euro an den 190 Euro pro Monat, auf die SPD-Landeschefin Katrin Budde die Beiträge für die Kinderbetreuung nach der Landtagswahl begrenzen will.

„Ich finde es toll von der SPD, dass sie das durchsetzen will. Die sollen aber nicht denken, dass wir das bezahlen“, sagte Witzke.

Die FDP-Generalsekretärin sagte nach dem Gespräch: „Es hat mir sehr gut gefallen.“ Sie hatte sofort ihr Handy gezückt, als sie aus dem Auto stieg. „Das ist ein besonders schmuckes Rathaus - ein schönes Erinnerungsfoto an meine Reise“, sagte sie und löste die Kamera aus.

Zugleich lobte die Bundespolitikerin die „zupackende Mannschaft im Rathaus“, die auch noch darauf schaut, dass es die notwendige Infrastruktur gibt. Nicola Beer könnte sich vorstellen, dass hier neue Arbeitsplätze entstehen können, wenn man Existenzgründer ein Jahr lang von der Bürokratie befreit.